



# Gute Energie für alle

## 1. Beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland und im Globalen Süden

Die Energiewende muss in Deutschland beschleunigt und als *weltweites Projekt* verstanden werden. Weltweit leben fast 800 Millionen Menschen ohne Zugang zu Strom, und etwa drei Milliarden Menschen sind zum Kochen auf traditionelle Biomasse angewiesen. Obwohl weltweit der Anteil an erneuerbaren Energien im Strommix zunimmt, sind diese Zuwächse zu gering, um *Zugang zu nachhaltiger Energie für alle bis 2030* sicher zu stellen. Zudem planen viele Länder *vor allem in Asien noch viele neue Kohlekraftwerke* und die Erschließung von Gasfeldern. Sowohl in der Agenda 2030 als auch in der Klimarahmenkonvention hat Deutschland sich verpflichtet, Länder des Globalen Südens, insbesondere LDC und SIDS, in ihrer *kohlenstoffarmen Entwicklung zu unterstützen*.

### MISEREOR fordert von einer neuen Bundesregierung, dass in Deutschland

- durch die konsequente *Förderung von Energieeinsparung und Energieeffizienz* die Nutzung fossiler Energieträger, vor allem Braun- und Steinkohle, schnellstmöglich beendet wird. Ein vorgezogener *Kohleausstieg bis spätestens 2030* ist ökologisch zwingend und ökonomisch sinnvoll. Menschen, die heute im fossilen Energiesektor beschäftigt sind, brauchen eine *Zukunftsperspektive*.
- der *Ausbau erneuerbarer Energien* signifikant beschleunigt wird, so dass bis 2030 ein Anteil von *mindestens 75 Prozent am erwartbar steigenden Bruttostromverbrauch* zu erreichen ist. Dieser Ausbau sollte vor allem dezentral erfolgen, lokale Versorgungsstrukturen priorisieren und *Bürgerbeteiligung* bei der Erzeugung ermöglichen.
- die *Nutzung von Bioenergie aus Anbau- und Holzbiomasse* nicht weiter gesteigert wird und sich auf jene Einsätze beschränkt, die nicht mit negativen Auswirkungen auf die Ernährungssicherung oder die Zunahme von Landkonflikten

im Globalen Süden einher gehen und zudem eine substantiell bessere Klimabilanz aufweisen als fossile Energieträger.

### MISEREOR fordert von einer neuen Bundesregierung, dass in der internationalen Zusammenarbeit

- Deutschland seine Unterstützung für den Ausbau dezentraler, erneuerbarer Energien für die ärmsten und besonders verwundbaren Staaten verstärkt. Dies betrifft die *Bereitstellung angemessener Finanzierung*, aber auch *Angebote der Aus- und Weiterbildung sowie den Technologietransfer*.
- jegliche Formen der *Außenwirtschaftsförderung* für klimaschädliche Energie- und Infrastrukturprojekte im Globalen Süden zügig beendet werden.
- die *Lieferketten für Rohstoffe* für den Ausbau der *erneuerbaren Energien* im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte stehen und die Auswirkungen auf Ökosysteme in den rohstoffliefernden Ländern möglichst klein gehalten werden. Technologien, die mit erhöhten Risiken einhergehen, sind daher zu vermeiden.

## 2. Bessere Rahmenbedingungen für klimafreundliche Mobilität

Der Verkehrssektor verursacht knapp ein Fünftel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland und weltweit. Um auch hier endlich auf den 1,5 Grad-Pfad einzuschwenken, sind *Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf klimafreundliche Transportmittel* und die *zügige Abkehr vom Verbrennungsmotor* bis spätestens 2030 gleichermaßen nötig. Diese *Mobilitätswende* erfordert einen systemischen Ansatz von Wirtschafts-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik. In vielen *Städten außerhalb Europas* ist die *Mehrheit der Menschen noch emissionsarm zu Fuß, mit dem Fahrrad* oder mit *gemeinschaftlichen Transportmitteln unterwegs*. Die Verkehrswende des Globalen Nordens und die kohlenstoffarme Mobilitätsentwicklung im Globalen Süden müssen parallel bearbeitet werden.



## MISEREOR fordert von einer neuen Bundesregierung, dass in Deutschland

- eine sozial-ökologische Mobilitätswende eingeleitet wird, die Klima- und Gesundheitsschutz, Verkehrssicherheit und Mobilität für alle im Fokus hat. Vorrang müssen Maßnahmen haben, die den motorisierten Individualverkehr mit einer Mischung aus Anreizen und restriktiven Maßnahmen gezielt zurückdrängen und attraktive, effiziente Alternativen für einen Umstieg auf den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Zu-Fuß-gehen) schaffen.

## MISEREOR fordert von einer neuen Bundesregierung, dass in der internationalen Zusammenarbeit

- die Verbesserung der Bedingungen für emissionsarme Mobilität die klimagerechte Stadtentwicklung ebenso umfasst, wie Mobilitätstechnologien zu einem Schwerpunkt mit ausgewählten Schlüsselpartnern gemacht werden, mit denen dieses gemeinsame Lernfeld beidseitig gewünscht ist und die Förderpraxis bi- und multilateraler Institutionen bezüglich Infrastrukturmaßnahmen überprüft wird.
- die Einhaltung und Überprüfung verbindlicher sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards (inklusive der Verhinderung von Vertreibungen) bei allen direkten und indirekten Finanzierungs- und Durchführungsvorhaben im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen gewährleistet wird.

### 3. Konsequenter Abbau umweltschädlicher Subventionen bis 2025

Laut Umweltbundesamt konterkarieren knapp 60 Milliarden Euro klima- und umweltschädliche Subventionen jährlich die Anstrengungen zur Dekarbonisierung unserer Gesellschaft. Steuervorteile, die eine sozial-ökologische Transformation behindern, kommen vor allem ökonomisch besser gestellten Bevölkerungsgruppen zugute, die einen durchschnittlich treibhausgasintensiveren Lebensstil pflegen. Klimafreundliches Verhalten, z.B. Pendeln mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln, muss gleichzeitig vor allem für einkommensschwache Gruppen bezahlbarer werden. Daher müssen die Subventionen intelligent umgelenkt werden.

## MISEREOR fordert von einer neuen Bundesregierung, dass in Deutschland

- bis 2025 alle klimaschädlichen Subventionen abgeschafft werden. Beginnen sollte die Bundesregierung mit den Subventionsarten, die sich besonders schädlich auf die soziale Gerechtigkeit in Deutschland auswirken, wie die steuerlichen Vergünstigungen für Dienstwagen oder Kerosin.
- die Entfernungspauschale zu einer Mobilitätsfördermaßnahme für klimafreundliches Pendeln umgebaut wird, die zuerst einkommensschwachen Gruppen zugutekommt.

### 4. Ein an Schadenskosten orientierter CO<sub>2</sub> Preis

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann ihre Lenkungswirkung für eine sozial-ökologische Transformation nur im Verbund mit anderen ordnungsrechtlichen Maßnahmen entfalten. Wer klimafreundlich lebt, soll entlastet werden. Wichtig ist auch, Menschen, die z.B. aufgrund von Armut wenig Handlungsspielraum für klimafreundliche Investitionen haben, gezielt zu unterstützen.

## MISEREOR fordert von einer neuen Bundesregierung, dass in Deutschland

- sich die Anpassung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit flankierenden Instrumenten an den vom Umweltbundesamt errechneten Schadenskosten in Höhe von 205 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub><sup>1</sup> orientiert.
- die Einrichtung eines aufkommensneutralen und transparenten Ausgleichsmechanismus<sup>1</sup> vorangetrieben wird, um die Sozialverträglichkeit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu gewährleisten.
- die Verwendung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung der Förderung von Effizienz, Suffizienz, der Entwicklung klimafreundlicher Technologien und der internationalen Klimafinanzierung dient.

<sup>1</sup> Quelle: Umweltbundesamt 2020: Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten. Kostensätze [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-12-21\\_methodenkonvention\\_3\\_1\\_kostensaetze.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-12-21_methodenkonvention_3_1_kostensaetze.pdf)